

28.11.2010

Der Bürger als neue APO



Mit einem Bürgerbegehren wird so manche politische Entscheidung zu Fall gebracht (Symbolbild).

Hochtaunus. Die Halbwertszeiten politischer Entscheidungsinstanzen sind gesunken. Kaum hat sich ein Parlament nach 20-jähriger Planung durchgerungen, eine Umgehungsstraße auf den Weg zu bringen, stoppt ein Bürgerbegehren – also das letzte Mittel der Bürger, eine unliebsame Entscheidung zu verhindern – das Vorhaben. Von den zahllosen Bürgerinitiativen abgesehen, die inzwischen im Taunus aus dem Boden gesprossen sind. Man ist gegen Kindergärten und Schulen in der Nachbarschaft, eine Bebauung, den Parkhaus-Abriss oder Rathausneubau.

Verkehrte Welt? Ansichtssache. Des einen Wille ist des anderen Unmut. Und so hat sich im Hochtaunus eine Politik abseits der Politik der Politiker entwickelt. Der Bürger als außerparlamentarische Opposition (APO).

In Bad Homburg haben Bürger per Begehren 1999 den Abriss des Parkhauses Dorotheenstraße verhindert. Initiiert wurde das Begehren von der Gruppe «Aktiv für Bad Homburg». Dem Bürgerbegehren, den hauptamtlichen Magistrat zu verkleinern, wurde 2002 indes von der Politik nicht entsprochen.

Steinbach wurde gleich von mehreren Bürgerbegehren verändert – die Schließung des Waldbads konnten die Bürger nicht verhindern (1994, unzulässig). Den Lebensmittelmarkt im Taubenzehnten schon (2007). In Schmitten gab's zwei Anläufe für Bürgerbegehren, die aber beide von der Politik für unzulässig erklärt wurden (Bebauungsplan Oberer Haidgen, 2000), und den Verkauf des ehemaligen Schwesternhauses (auch 2000).

In Usingen wurde 1996 ein Bürgerbegehren für eine Alternativplanung der Umgehung für unzulässig erklärt, den Rathausbau konnten Bürger 1997 stoppen.

Gleich drei Bürgerbegehren weist Königstein auf: 2005 wurde das Haus der Begegnung gerettet, 2003 durfte kein Grundstück am Rodelberg verkauft werden, und 1997 korrigierten Bürger die Innenstadtplanung.

1995 ging's in Kronberg um ein Gebiet an Friedrichstraße, Oberhöchstädter Straße und Ludwig-Sauer-Straße, um Baumfällungen und Bebauungen zu verhindern und bestehende Anlagen zu erhalten (erfolgreich). Zwei Bürgerbegehren waren erfolglos (für bessere Buslinienführung 1999, 2004 wegen der Bebauung Berliner Platz). Ersteres wurde nur angekündigt, zweiteres als unzulässig erklärt.

In Glashütten fanden Bürger und Politiker 2000 einen Kompromiss beim Bürgerbegehren für den Erhalt eines Landschaftsschutzgebietes. Die kleinere Variante, aber oft nicht minder aktiv und teils erfolgreich, sind die Bürgerinitiativen für oder gegen politische Entscheidungen. In Kronberg etwa erreichten die Bürgerinitiative für eine Verkehrsberuhigung in der Höhenstraße, die Initiative «Für ein funktionsfähiges Oberhöchstädt» und die Initiative

«Lärmschutz B 455» ihre Ziele oder erwirkten zumindest eine aus ihrer Sicht deutliche Verbesserung.

Erfolge auch in Bad Homburg: Die Homburger Freien Wähler (FHW) gründeten sich 1991/92 aus Protest gegen einen geplanten Hotelbau im Kleinen Tannenwald (Remmidemmi-Hotel) und gegen den Bau einer Klärschlamm-trocknungsanlage in Ober-Erlenbach. Die beiden Initiativen schlossen sich zur FHW zusammen. Weitere Bürgerinitiativen sind gegen den Krankenhaus-Neubau im Feld und gegen den Neubau der Pestalozzischule am Platzenberg.

Die Liste ist viel länger: In Grävenwiesbach etwa protestierte eine BI gegen den Umgang mit Wasser- und Abwassergebühren, daraus ergab sich sogar eine neue Partei. Die Unzufriedenheit mit der Politik hat sich auch in unserer Umfrage niedergeschlagen (rechte Spalte) – in Schmitteln, Steinbach und Grävenwiesbach müssten sich die Parteien dringend Gedanken machen. Ein Ruhmesblatt für die Politik sind die meisten anderen Ergebnisse aber auch nicht.

Natürlich ist es oft ärgerlich für die Politik, wenn nach jahrelanger Diskussion, Infoveranstaltungen, Gutachten und Beratungen, bei denen Bürger durch Abwesenheit glänzten, ein Bürgerbegehren immense Kosten verursacht. Aber genauso ärgerlich ist, wenn ein Bürgerbegehren offensichtliche Fehler oder ein «An-dem-Bürger-vorbei-Regieren» beheben muss. Der Bürger ist mündiger geworden. Nicht immer im Recht, aber selbstbewusst und kritisch. Alte politische Seilschaften sind kein Ruhekitz mehr. Das einst rote Steinbach ist nun schwarz, in Bad Homburg schüttelt ein grüner OB die Hände, das schwarze Bollwerk Hochtaunus bröckelt. Nicht immer erkennen Politiker, dass Bürgerbegehren auch Alarmsignale einer verfehlten Politik sind. Und da tut es jeder Kommune gut, wenn absolute Mehrheiten fallen und sich Politiker auf Kompromisse einigen müssen. Weniger Parteipolitik, mehr Entscheidungen für die Sache, mehr Zusammenarbeit. Beispiel Königstein: Wechselnde Mehrheiten haben dort etwa bei den Themen Edeka (durfte bauen) und Haus der Begegnung (durfte bleiben) dafür gesorgt, dass die CDU einlenkte. In festen Koalitionen ist dies kaum denkbar.

© 2010 Usinger Neue Presse